

Klaus Wiese

Bundesvorsitzender

der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt

anlässlich

**Pressekonferenz zur Finanztransaktionssteuer
28. Mai 2010, 11.00 Uhr, Nürnberg**

Änderungen vorbehalten
(Es gilt das gesprochene Wort!)

Die Zocker müssen zahlen!
Die IG Bauen-Agrar-Umwelt fordert die
Einführung einer Steuer auf
Finanztransaktionen.

A n r e d e !

Die IG Bauen-Agrar-Umwelt fordert zusammen mit der Kampagne Steuer gegen Armut die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

Diese ist ein wichtiger Beitrag,

- um zukünftige Finanzkrisen zu verhindern und
- um die Verursacher der Finanz- und Wirtschaftskrise an der Bewältigung der Krisenkosten zu beteiligen.

Mit einem geringen Steuersatz auf jede Finanztransaktion können erhebliche Einnahmen generiert werden. Gleichzeitig macht die Finanztransaktionssteuer kurzfristige, schädliche Spekulationen unrentabler.

Die Bundesregierung ist schon wieder als Feuerwehr unterwegs.

Sie mobilisiert Milliarden, um die Eurozone zu stabilisieren.

Noch immer hat sie nicht die richtigen Lehren aus der Krise gezogen.

Ihren Ankündigungen zur Regulierung der Finanzmärkte und zur Beteiligung der Krisenverursacher an den Folgekosten müssen nun Taten folgen.

Eine EU-weite Einführung der Finanztransaktionssteuer ist möglich, sollte es keinen Konsens über eine globale Einführung geben.

Die Finanztransaktionssteuer ist eine Frage der Gerechtigkeit!

Sie belastet kurzfristige Finanzgeschäfte von Spekulanten.

Sie sind mit übertriebenen Renditeerwartungen zu hohe Risiken eingegangen und haben diese Krise verursacht.

Deshalb müssen sie jetzt für die Bewältigung der Krisenfolgen zahlen.

Der Arbeitnehmer, der langfristig etwas für seine Rente zurücklegt, wird durch die Finanztransaktionssteuer hingegen kaum belastet.

Der Staat braucht Einnahmen für wichtige Zukunftsinvestitionen!

Er hat sich zur Rettung der Banken tief verschuldet.

Diese Schulden dürfen nicht durch Kürzungen bei Rente, Gesundheit und anderen Sozialleistungen abgetragen werden.

Der Staat braucht ausreichend Einnahmen für dringende Zukunftsinvestitionen in Bildung, in die Infrastruktur, in den Umweltschutz und für die Armutsbekämpfung.

Die Ankündigungen der Bundesregierung zur Finanzmarktregulierung sind unklar und ungenügend.

Die Kampagne Steuer gegen Armut hat über politischen Druck die Finanztransaktionssteuer zu einem Anliegen etablierter Parteien und Verbände gemacht.

Die Bundesregierung hat nun angekündigt, die Finanzmärkte zu besteuern. Doch ihre Pläne sind im dritten Jahr der größten Weltwirtschaftskrise seit 80 Jahren noch immer unkonkret.

Schon jetzt kann eine nationale Börsenumsatzsteuer eingeführt werden.

Finanzprodukte müssen von einem öffentlich-rechtlichen „TÜV“ bewertet und gegebenenfalls verboten werden.

Die Bankenabgabe ist eine Ergänzung zur Finanztransaktionssteuer.

Sie darf jedoch nicht vorgeschoben werden, um weitere Regeln für die Finanzmärkte zu verhindern.